

Alles, was (un)gerecht ist

Oft ist die Rede vom gerechten Krieg oder von ungerechtem Sparen. Aber was bedeutet Gerechtigkeit wirklich? Seit Tausenden Jahren sucht man nach der Antwort.

Harald Kolerus

Freier Wirtschaftsjournalist

Schon in der „Politeia“ widmet sich der große Philosoph **Platon** ganz der Frage der Gerechtigkeit und deren Verwirklichung in einem idealen Staat. In Bezugnahme auf seinen Lehrer **Sokrates** erklärt Platon, gerecht sei, wenn jeder/jede das macht, was er/sie am besten kann. „Jeder tue das Seine und mische sich nicht in Dinge, die ihn nichts angehen“, heißt es. Analog dazu solle jeder das Seine bekommen, aber auch niemandem das Seine genommen werden. Der Rechtsgelehrte **Ulpian** erklärte ähnlich lautend: „Gib jedem das Seine!“ An dieser Stelle wollen wir nicht darauf eingehen, dass die Nationalsozialisten den Spruch „Jedem das Seine“ (Inscription auf dem Eingangstor des Konzentrationslagers Buchenwald) für ihre menschenverachtende Politik instrumentalisiert haben – dafür können die antiken Denker natürlich nichts! Entscheidend ist jedoch, wie bzw. von wem festgestellt wird, wie Güter und Pflichten verteilt werden sollen.

Ebenen der Gerechtigkeit

Elisabeth Holzleithner – sie lehrt am Institut für Rechtsphilosophie, Religions- und Kulturrecht der Uni Wien – meint dazu: „Es kommt darauf an, von welcher Ebene wir sprechen, die von Gerechtigkeit betroffen ist. In der Rechtsetzung ist der parlamentarische Gesetzgeber verantwortlich. Nach klaren Regeln und einem Diskussionsprozess werden Gesetze festgelegt. Es stellt sich natürlich die Frage,

wie partizipatorisch diese Entscheidungsfindungen ablaufen, wie weit also die Betroffenen bei der Umsetzung in die Realität einbezogen werden.“ Das wird letztlich in der Praxis entschieden und erfolgt in Österreich bekanntlich durch eine repräsentative Demokratie. In Autokratien findet hingegen keine (oder eine sehr mäßige) Beteiligung eines Großteils der Betroffenen statt, was per se ungerecht ist. Gerechtigkeit ist also immer mit einem Diskurs verbunden.

Freiheit: der springende Punkt

Abgesehen vom Verfahren der Gerechtigkeitsfindung bleibt zu klären, ob es eine universelle Gerechtigkeit gibt oder ob diese immer „regional“ bzw. kulturell begrenzt sein muss. Holzleithner hat sich dazu unter anderem in ihrem Buch „Gerechtigkeit“ (ein Band der vom bekannten Philosophen **Konrad Paul Liessmann** herausgegebenen Reihe „Grundbegriffe der europäischen Geistesgeschichte“) intensiv beschäftigt: „Beim Nachdenken über Gerechtigkeit hat sich ein unhintergebares Prinzip herausgebildet, nämlich die Vorstellung, dass Personen gleichermaßen frei sind. Jeder soll autonom über sein Leben bestimmen, so weit das möglich ist und nicht mit der gleichen Freiheit anderer kollidiert. Das bedeutet, dass niemand unbeschadet zum Objekt degradiert werden darf, über das willkürlich bestimmt wird. Jeder Mensch verdient Achtung und Berücksichtigung.“ Ansonsten werden laut der Expertin Personen und Personengruppen zu „verfügbarem Material“, dem möglicherweise sogar die Existenzberechtigung abgesprochen wird, wie das im

BUCHTIPP

Michael J. Sandel:

Gerechtigkeit

Wie wir das Richtige tun

Ullstein Verlag, 2013,

416 Seiten, € 21,99

ISBN: 978-3-5500-8009-8



Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132
fachbuchhandlung@oegbverlag.at

Nazi-Regime und anderen Diktaturen der Fall war. Holzleithner meint, dass aufbauend auf dem Grundprinzip der gleichen Freiheit die praktischen (Detail-)Fragen der gerechten Verteilung in Angriff genommen werden sollten.

Gerechtigkeit und Solidarität

Das Stichwort der gerechten Verteilung führt uns wiederum zum Begriff der Solidarität. Hier streiten sich Gelehrte, unterschiedliche Interessenvertretungen und politische Parteien darüber, ob Gerechtigkeit mit Solidarität gleichzusetzen ist. So meinte etwa **John Rawls** (1921–2002), der führende Denker zeitgenössischer Gerechtigkeitstheorie, dass in einer Gesellschaft kooperierender Mitglieder jeder etwas leisten müsse. Menschen, die keinen adäquaten Beitrag beisteuern, seien quasi Trittbrettfahrer, für die wenig Platz in dieser Gemeinschaft sei. Der wirtschaftsliberale Ansatz nach der Schule von **Adam Smith** oder des österreichischen Wirtschaftsnobelpreisträgers **Friedrich August von Hayek** hält staatliche Ein-